

Der Streit um die Rüstung.

In England will der Streit um die deutschen Rüstungen nicht verstummen. Abermals richteten mehrere Mitglieder des Unterhauses an den Premierminister Asquith die Frage, ob er im Hinblick auf die jüngst vom deutschen Staatssekretär der Marine v. Tirpitz abgegebene Erklärung, daß der deutschen Regierung von der englischen Regierung

kein Vorschlag zur Flottenabrüstung

gemacht worden sei, eine Erklärung darüber geben könne, was zwischen den beiden Regierungen bezüglich einer beiderseitigen Herabsetzung der Marineausgaben vorgegangen sei. Asquith antwortete: „Ich muß auf die Erklärung verzichten, die ich bereits in diesem Hause abgegeben habe, die die genauen Tatsachen vorlegt, und an der ich in jeder Hinsicht festhalte. Die Angelegenheit ist im vergangenen Jahre mehr denn einmal Gegenstand des Gedankenaustausches zwischen beiden Regierungen gewesen, und zwar von unserer Seite in der Absicht, uns zu vergewissern, ob irgend welche Vorschläge der Art, wie sie in den an mich gestellten Fragen bezeichnet werden, in Erwägung gezogen werden würden. Wir haben keinerlei Vorschläge gemacht, weil man uns zu verstehen gegeben hatte,

das deutsche Flottenprogramm

sei gesetzlich festgelegt und in keiner Weise von dem englischen abhängig. Soviel ich weiß, liegt ein Bericht über die Bemerkungen, die Staatssekretär v. Tirpitz in der Budgetkommission des Reichstags gemacht haben soll, nicht vor. Doch wird, wie ich aus den deutschen Zeitungen ersehe, der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen alsbald die Gelegenheit wahrnehmen, über die Sachlage Mitteilungen zu machen. Ich zweifle nicht, daß über seine Erklärungen ein vollständiger Bericht erstattet werden wird, und ich behalte mir jede weitere Erklärung vor, bis wir diesen Bericht vor uns haben.“

Darauf wurde der Vertreter des Marineministeriums gefragt, ob die Regierung im letzten Juli getrachtet habe, daß die Firma Krupp eine große Kreditschuld aufgenommen habe, zum Zweck der Erweiterung ihrer Werke infolge der Aufträge, die ihr die deutsche Regierung gegeben habe, um ihr Schiffsbauprogramm zu beschleunigen. Der Minister erwiderte, die Vergrößerung in den Kruppischen Werken und die zu ihrer Durchführung aufgenommenen Mittel seien bei der Admiralität schon vor dem genannten Datum sehr wohl bekannt gewesen, und es sei teilweise infolgedessen geschehen, daß die für Erbauung eines Zerstörers in Deutschland nötige Zeit um neun Monate sich verringert habe. Die in Frage stehende Erweiterung habe zweifellos vorher angezeigt, daß

der Schiffbau beschleunigt

und daß die zahlreichen Verzögerungen, die früher stattgefunden hätten, verschwinden würden. Zu gleicher Zeit brauchte dies jedoch keineswegs anzudeuten, daß von Seiten der deutschen Regierung die Absicht bestünde, auch die Fristen für den Beginn der nach dem Flottengesetz genehmigten Schiffe zu verkürzen. Infolge dieser Erklärungen äußerte ein Mitglied der Regierungspartei, es sei

kein Grund zur Beunruhigung.

Seitdem das Haus zuletzt über die Flotte debattiert habe, seien keine neuen Tatsachen vorgekommen, die nicht teilweise die Regierung vorausgesetzt habe. Das Land sei jedoch beunruhigt, und es würde nicht schaden, auf die Gründe hinzuweisen, um nicht dem Schrecken zu verfallen, der der Würde und den Interessen der Flotte entgegensteht. Es sei eine

unwürdige Verwirrung.

Er glaube, daß in Deutschland Klage geführt worden sei, weil auch nach dem jüngsten Besuch in Berlin und den dadurch hervorgerufenen freundlichen Beziehungen durch unbekannte Personen Reibungen verursacht worden seien.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Wie aus Kiel gemeldet wird, sind dort Gerüchte verbreitet, daß die Kaiserliche „Hohenzollern“ den Befehl erhalten habe, jetzt die Mittelmeerfahrt anzutreten. — Kaiser Wilhelm wird in den nächsten Tagen in Berlin und Potsdam Truppenbesichtigungen vornehmen.

*Nach Berichten russischer Blätter soll Kaiser Wilhelm an den Jaren ein Telegramm geschickt haben, worin um Einstellung der deutsch-feindlichen Artikel in der russischen Presse gebeten wird. Wie dazu halbamtlich erklärt wird, ist diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen.

*Der neue Turbinenkreuzer „von der Tann“, der vor einigen Tagen vom Stapel gelaufen ist, wurde der Nordsee-Station zugeteilt.

*Wie verlautet, hat die Unterkommission des Reichstages außer der Erhöhung des Rohabzolls und der Einführung einer Fiktionalsteuer auch die Verhängung einer sofortigen Zollsperrung beantragt, um eine übermäßige Voreinfuhr von Zuckerrüben des neuen Tabakenergesetzes zu verhindern. Die Ausfuhren für das Zustandekommen eines Tabakergesetzes auf dieser Grundlage werden im Reichstage als günstig bezeichnet.

*Halbamtlichen Berichten zufolge, werden sich bis zum 31. d. für 30 Millionen Mark Dreimarckstücke im Verkehr befinden. Während bis zum 1. Januar d. die Höhe der im Verkehr befindlichen Dreimarckstücke annähernd 10 Millionen Mark betrug, ist sie jetzt durch fortlaufende Neuanschaffung der Münze auf das Dreifache gestiegen. Es ist daher anzunehmen, daß die Klagen über den Mangel an Dreimarckstücken bald verstummen werden.

*Die Arbeiten am neuen preuss. Fiktionalgesetz sind soweit vorgeschritten, daß demnächst der Entwurf zur Begutachtung veröffentlicht werden soll. Der Gesetzentwurf soll zusammen mit dem neuen Wassergesetzentwurf dem Landtage zugeföhrt werden. Man nimmt an, daß dies in der nächsten Tagung des Landtages möglich sein wird.

*Das neue Landtagswahlgesetz für das Großherzogtum Sachsen-Weimar erscheint mit einigen Abänderungen gesichert. So sollen sechsjährige Wahlkreise eingeföhrt und das wahlfähige Alter auf 25 Jahre hinaufgesetzt werden, auch soll der Abgeordnete seinen Wohnsitz in seinem Wahlkreis haben. Die Forderung auf eine Mehrstimmigkeit für jeden Wähler mit mehr als 2000 MZ. Einkommen oder mehr als 5 Hektar Grundbesitz haben die Antragsteller fallen lassen. Man glaubt mit einer Regierungsmehrheit von fünfundsiebzig Stimmen in dem 33 Abgeordnete zählenden Landtag rechnen zu können.

Österreich-Ungarn.

*Kaiser Franz Joseph hat die chinesische Sonderkommission, die in Europa Verfassungstudien machen will, unter Langjähigkeit in längerer Audienz empfangen.

Frankreich.

*Die Pariser Post- und Telegraphenbeamten haben in einer Versammlung, die von 6000 Personen besucht war, mit ungefähr 5700 Stimmen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit ist der Streit beendet.

England.

*Die englische Admiralität hat beschlossen, an der Ostküste Schottlands eine Station für eine Unterseebootflotte mit dem Kommando in Firth of Forth zu errichten. Dadurch wird Englands Stellung in der Nord- und Ostsee aufs neue erheblich verstärkt.

*Die Flottenliga hat infolge der letzten Unterhausdebatten über das Marinebauprogramm eine außerordentliche Versammlung abgehalten, in der beschlossen wurde, sofort die Arbeit in dem ganzen Lande zu beginnen, um die Regierung zum Bau von acht großen

Schiffen in diesem Jahre und zur weiteren Beschleunigung und Erhöhung des Flottenprogramms zu zwingen. Es ist zweifellos, daß sich ein Sturm gegen die Regierung im ganzen Lande erhebt; ob derselbe ernste Folgen haben wird, läßt sich noch nicht absehen.

Italien.

*Mit der vor langer Zeit angekündigten und von der Kammer gutgeheißenen Armee-reform soll nunmehr begonnen werden. Vor allen Dingen sollen die Kavallerie und die Bergartillerie bedeutend vermehrt werden.

Balkanstaaten.

*Die serbische Kriegsverwaltung hat die Rekruten des ersten Aufgebots entlassen und die des zweiten zu einer Waffenübung einberufen. Man erblickt hierin ein Anzeichen dafür, daß die Zeit bis zu einem etwaigen Ausbruch der Feindseligkeiten benutzt werden soll, um weitere Mannschaften militärisch auszubilden.

Amerika.

*Die Beschlüsse der Londoner internationalen Seerechtskonferenz sind in Washington veröffentlicht worden. Der englische Vorschlag, wonach für Blockade eine diplomatische Anknüpfung genügt, wird angenommen, Baumwolle als Konterbande ausgenommen. Personen, die zur bewaffneten Macht des Feindes gehören, können auf neutralen Schiffen zu Kriegsgefangenen gemacht werden. Die Stellung eines feindlichen Schiffes unter neutraler Flagge vor Ausbruch der Feindseligkeiten wird anerkannt.

Ägypten.

*Die revolutionäre Bewegung in Persien hat neuerdings einen nicht zu unterschätzenden Erfolg errungen. Zwei bedeutende Städte des Nordwestens haben sich von der Regierungspartei losgelöst. Das Ergebnis bedeutet einen großen Verlust für die Partei des Schahs. Daß die Revolutionäre nichts gegen die Fremden unternehmen wollen, geht aus einer Aufforderung hervor, die an die Konsulate in Meshed gerichtet wurde. Sie sollen eine amtliche Bescheinigung einreichen, daß während der revolutionären Bewegung bis zum augenblicklichen Zeitpunkt niemals Eigentum von Europäern angefaßt oder beschlagnahmt wurde.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstage wurde am Montag die Beratung des Militärrechts beim Kapitel „Adjutantur, Offiziere und Offiziere in besonderen Stellungen“ fortgesetzt. Unter Ablehnung eines konterkaranten Antrages auf Bewilligung der vollen geforderten Summe (400 000 Mark) beschloß das Haus ohne Erweiterung der Kommissionsbeschlüsse, 300 000 M. zu bewilligen. Weiterhin hatte die Kommission von 206 Obersterinstituten 15 als „hinlänglich maßgebend“ bezeichnet, ebenso fünf (von 149) Universitätsinstituten. Ein konterkaranter Antrag wollte diese Bescheinigung „hinlänglich maßgebend“ getilgt wissen. Nach kurzer Erörterung fand der konterkarante Antrag Annahme. Beim Titel „Reichswehr-Gesetzgebung“ hatte die Kommission den Antrag beschlossen: Das Korps kommt am 1. Oktober 1903 in Wegfall. Abg. Hagala u. Siederer beantragte, diesen Zusatz zu streichen. Nachdem auch Staatssekretär v. Schöen erklärt hatte, das Auswärtige Amt könne das Wesen des Feldjägerkorps nicht entscheiden, wurde der Zusatz gestrichen. Nach unweiliger weiterer Debatte wurden die zu dem Titel „Reichswehr-Gesetzgebung“ gestellten Resolutionen der Kommission betr. Feldweiberechtsangelegenheiten und betr. die Militärmusikanten angenommen. Ebenso die Resolution betr. Wehrstrafen laut Feststellung der geringen militärischen Breiten im Deutschen Reich. Nach Bewilligung einer Reihe weiterer Titel wurde die Beratung vertagt.

Am 2. d. wird die Beratung des Militärrechts beim Kapitel „Artillerie- und Pionierwesen“ fortgesetzt.

Abg. Will (Zentr.) befragt die neuerdings bei den Verhältnissen in Stralsund vorgekommenen umfangreichen Arbeiterentlassungen.

Es seien davon sogar Tote betroffen, die dort schon bis zu 15 Jahren in Arbeit standen. Abg. Weder-Röhl (Zentr.) führt ebenfalls Beschwerde über Arbeiterentlassungen.

Oberst v. d. B. befragt, daß die Entlassungen besonders umfangreich seien. Gibt's in einem Be-

triebe wenig zu tun, so müssen Arbeiter allerdings entlassen werden und an einer anderen Stelle Arbeit suchen. Und das kann es vorkommen, daß sie mit etwas weniger Lohn weiter nehmen müssen. Die Arbeitszeit ist schon auf 8 Stunden 40 Minuten gesunken. Würden wir weiter herabgehen, so würden wir die Privatindustrie schädigen. Sollten wir die Arbeiter zu Beamten machen, so würden wir ja noch mehr Beamte kriegen. Arbeiter mit größeren Familien werden nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Abg. Böhle (Fag.) führt Beschwerde über Wohnverhältnisse in Stralsund und über Unregelmäßigkeiten in den Stralsunder Verhältnissen.

Oberst v. d. B.: Wir sorgen für die Arbeiter, so gut wir können. Auch die Angriffe der Sozialdemokratie werden uns nicht hindern.

Abg. Jurell (Fag.) befragt die Lage der Pulverarbeiter in Spandau und bringt Beschwerden gegen die Verwaltung vor.

Weitere Wünsche und Beschwerden äußern die Abgg. Schwanke und Schirmer (Ztr.). Gegen die von beiden Männern geäußerten Wünsche auf

Einrichtung einer Pensionskasse

für die Arbeiter wendet Oberst v. d. B. ein, die Arbeiter würden sich dabei nicht besser stellen. Erstens wegen der Beitragszahlung und zweitens, weil ihnen die Beiträge aus der Pensionskasse gegebenenfalls ja doch an der Invalidenrente gekürzt werden würden.

Abg. Sir (Zentr.) befragt die Arbeitsverhältnisse in den bayrischen Gewerkschaften. Bayerischer Generalmajor v. Gieseler sagt zu, daß nur in seltenen Fällen Arbeiterentlassungen stattfinden können.

Die Resolution auf Errichtung einer Pensionskasse wird angenommen, die auf Bewilligung des Artilleriedepotvermögens abgesehen.

Bei den einmündigen Ausgaben hatte die Kommission 4 1/2 Mill. M. für Vermehrung der Reserve an Verpflegungsmitteln getilgt.

Auf Antrag von Gans u. d. B. zu Püttig, dem auch der Abg. Gersberger zustimmt, da es sich hier doch nur um eine kleinere Erprobung handele, wird diese Streichung wieder rückgängig gemacht.

Bei dem Titel „Entschädigung an Gemeinden, in denen umfangreiche Militärübungen bestehen, fragt Abg. Dove (Fag.) an, wie es mit dem verheißenen Reichsgeleise betr.

Beseitigung von Reichsbetrieben

durch Gemeinden stehe.

Unterhaussekretär Zweile: Über diese Vorlage kann von dem Schatzreferat nicht allein entschieden werden. Aber den Zeitpunkt des Erlasses des Gesetzesvortrags kann ich daher Genaues nicht sagen. Die Finanzverwaltung rechnet aber damit, daß sie im Laufe des kommenden Herbstes die Vorlage an die verordneten Regierungen bringen werde.

Im Kaiserlichen Hof, Abt. III. Festungs- und Bauwesen.

Abg. Trimborn (Zentr.): Der Fiskus will für die Grundstücke und Bauforderungen, die er erwirbt,

keine Wertzuwachs- und Umsatzzuer

zahlen. Er stellt sich einfach auf den Standpunkt der bräunten Macht. Die Rechtsfrage will ich nicht erörtern, denn es hat doch keinen Zweck. Aber die Frage ist wichtig genug, um bis in die Nacht hinein erörtert zu werden. Das Oberverwaltungsgericht hat dem Magistrat der Stadt Köln recht gegeben. Aber der Fiskus hat einfach erklärt, daß Recht sei, sondern, es brauche keine Steuern zu zahlen. Weßhalb keine gesetzliche Unterlage für unsere Forderung, dann müssen wir sie eben schaffen. Die Frage ist nicht von lokaler, sondern von allgemeiner Bedeutung. Der Redner bittet ferner um Schonung der Rumpfsache, die sich in den Händen der Militärverwaltung befinden. Er habe gehört, man wolle ein altes Reform-Büro nach Ostpreußen versetzen.

Kriegsminister v. Glinck: Ich habe schon in einer Privatunterredung versucht, Herrn Trimborn zu beruhigen. Er meint aber noch immer sehr erregt zu sein. Er kann ruhig sein. Die Reform-Rumpfsache haben von uns nichts zu befürchten. Ich werde auch das Archivalportal nicht nach Ostpreußen versetzen. Das hätte vielleicht der erste Rumpfsache geist und ich zweifle auch, wenn ich ein Gut in Ostpreußen hätte.

Unterhaussekretär Zweile: Der Reichstagsler setzt auf dem Standpunkt, daß der Fiskus ein

Steuerrecht der Gemeinden

nicht anerkennen kann, solange nicht ein besonderes Gesetz darüber vorliegt. Die Frage soll in dem Geleis geregelt werden, das ich vorher zum 1. April angekündigt habe.

Der Militärat wird erwidert, ebenso das noch ausstehende Kapitel des Staats des Reichsschatzamt über die Verordnungen des Eisenbahngesetzes im Interesse der Landesverwaltung.

Das Haus vertagt sich.

Nemesis.

32] Kriminalroman von E. G. Böck.

(Fortsetzung.)

Bläufcherades Geruch aufstreichenden Wassers, dann war alles wieder still wie vorher.

Dieser ganze Vorgang hatte kaum eine Minute gedauert.

Leonhard betrat den Hof des Gemordeten, er fühlte in dem Seitenrücken desselben eine Brieftasche eingeklinkt, der Streich war gelungen. Um stillen trostlos, daß alles nach seiner Berechnung gegangen war, eilte der Mörder, den Hof seines Opfers unter den Hof geklopft, nach Hause.

Dar ist er das Futter auf und zählte die Banknoten. Es waren wirklich hundertzwanzig Scheine zu je tausend Mark.

Leonhard triumphierte, er war ein gemachter Mann. Einen Augenblick trat die Verführung an ihn heran, mit der ganzen Summe in der Tasche des nächsten Morgens nach Amerika zu entfliehen; die dazu nötigen Legitimationspapiere beschaffte er als Haushofmeister des Barons von Gredend, und Robert hätte ihn nicht verfolgen lassen können, ebenso wenig brauchte er zu fürchten, daß Frau von Bettini über ihn kompromittierende Gesandnisse machen würde. Diese beiden Mächte ihrer eigenen Sicherheit wegen schmeigten.

Aber Leonhard verwarf diesen Gedanken sehr bald wieder, er wollte Robert nicht betrügen. Es bewährte sich bei ihm die Erfahrung, daß Spieltheater, deren Leben eine unaufhörliche Reihe von Verbrechen gewesen, gegenseitig ihr Wort

halten. Dann gefiel Leonhard auch das Leben und seine Stellung auf Schloss Gredend, wo er als Vertrauter und Hüter des Majoratsberrn selbst ein Herrenleben führen konnte.

Er beschloß, in den nächsten Tagen dorthin zurückzukehren. Mit diesem Voratz legte er sich zur Ruhe.

In aller Frühe des folgenden Morgens war er bereits in der Wohnung Livias, zog ohne weitere Vorrede eine Brieftasche hervor, der er fünftausend Mark entnahm.

Livia, die bis jetzt mit einer gewissen äußeren Höflichkeit von Leonhard behandelt worden war, bemerkte sogleich, daß dieser sein Betragen gegen sie geändert hatte: aber sie sagte nichts darüber, denn es war für sie eine große Genugung, daß sie ihn die Kassenscheine auf dem Tisch aufzählen sah.

„Hier sind fünftausend Mark für Sie,“ sagte er, und als Livia das Geld hastig genommen und fortgelegt hatte, setzte er mit sehr bestimmtem Tone hinzu: „Sie haben auf meinen Wunsch Ihren Sommeraufenthalt unterbrochen, jetzt möchte ich Ihnen den Rat erteilen, so bald wie möglich eine längere Reise anzutreten, denn die Luft in der Residenz möchte für Sie schädlich sein.“

Livia sah ihn beständig an.

„Wieso?“ fragte sie in einem Tone, der ihre Empfindlichkeit nicht verbergen konnte.

„Wozu diese Frage?“ Er suchte die Achseln und riefelte die Augenbrauen, „Glauben Sie, daß ich jemals ein Wort unbedeutend und ohne Bedeutung sagen würde? Ich wiederhole, reisen Sie bald ab!“

Livia erschrak; zum erstenmal kam ihr der Haushofmeister unheimlich vor.

„Wir reisen,“ fuhr er fort, „daß dem alten Seligmann in dieser Nacht ein Unglück zugefallen sei und mitunter gebe ich etwas auf Träume! Ich kenne, wie Sie wissen, den Alten nur vom Hörensagen, habe denselben auch in meinem Leben nicht gesehen. Aber Sie waren ja in seiner Wohnung, haben ihn auch wiederholt bei sich empfangen und es könnte möglich sein, daß Sie nicht angenehm sein, wenn dem alten Herrn, nachdem er bei Ihnen zu Abend gespeist, ein Unfall zugefallen wäre und dies bekannt werden sollte!“

Livia war totflehisch geworden, sie fing an, zu ahnen, daß sie die Betroffene war. Sie versuchte zu sprechen, aber der Schreck dieser Entdeckung lähmte ihre Zunge.

„Ich darf also wohl sagen: Glückliche Reise, gnädige Frau! Die Mittel dazu haben Sie ja angenommen!“

Er verneigte sich hierbei mit ironischer Artigkeit und war, ehe Livia sich von ihrem Schreck erholen konnte, aus ihrer Wohnung verschwunden.

Raum hatte Leonhard das Boudoir Livias verlassen, als diese ihrer allen Gesellschaftin hingelassen und mit mühsam erzwungener Ruhe Befehl zum Einspinnen gab.

Kosette hatte selbst eine sehr bewegte Vergangenheit hinter sich und kannte das Leben. Sie wunderte sich über nichts und widersprach den Befehlen ihrer schönen Gebieterin nie. Sie gehorchte auch diesmal und bereitete alles wieder zur Abreise vor.

Leonhard setzte mit großer Selbstzufriedenheit nach Hause zurück. Er hatte Livia vollkommen eingeschüchtert und mußte, daß er von ihr niemals eine ihn belästigende Ansage zu fürchten hatte. Livias eigener Vorteil gebot ihr, aus seiner Nähe zu verschwinden; er war gewiß, daß diese schlaue Schöne seinen und auch Roberts Weg nicht wieder kreuzen würde.

Seitdem Leonhard diese Überzeugung gewonnen, konnte er sich erst völlig dem Gefühl des Triumphes hingeben, daß sein teuflischer Anschlag gegen Seligmann, ganz wie er es berechnet, gelungen war.

Nichts bewies die Schlaubeit und Selbstbeherrschung des ehemaligen Justizjägers wohl mehr, als die Entsagung, die er sich selbst auferlegte. Er bekämpfte die Lust, mit seinen reichen Mitteln die Freuden der Residenz zu genießen, sondern beschloß, während dieses Tages seine Mietwohnung nicht zu verlassen und in der nächsten Nacht mit dem Schnellzuge nach Schloss Gredend zu reisen.

Demgemäß traf er seine Vorkehrungen. Er bezahlte der Wirtin ihre Rechnung und lobte den für seinen kurzen Aufenthalt gemieteten Diener ab.

Da Leonhard sich gegen Wirtin und Diener beim Zahlen sehr freigebig zeigte, hatte er sich bei beiden das beste Andenken gesichert.

Raum hatten sich Wirtin und Diener entfernt, als die Klingel der Korridorstrasse erklang.

Der Diener kam noch einmal zurück und brachte eine Kistenkiste.